

bericht die Ansicht aus, daß „die Weltkonjunktur für Getreide ihren Höhepunkt erreicht habe“ und es fraglich erscheine, ob die „für die Verteidigung des gegenwärtigen Preisstandes thätigen Interessen“ ihre Kräfte nicht bald erschöpft haben würden. Die „Nat.-Ztg.“ glaubt also an ein baldiges Heruntergehen der Getreidepreise, und es ist nur nicht ganz verständlich, weshalb sie trotzdem Tags darauf, nachdem ihr Handelsblatt seinen vorstehend erwähnten Bericht gebracht hatte, nicht nur nachdrücklich in den Ruf nach sofortiger zeitweiliger Aufhebung der Getreidezölle einstimmt, sondern hierbei auch der Regierung besonders eindringlich ihre Verantwortlichkeit für die Volksernährung vor Augen führt. Sieht man an diesem Beispiel, daß auch die besonnene Tagespresse, fortgerissen durch den künstlich erregten Strom der Meinungsaufrregung über eine drohende Getreidenoth, von Widersprüchen nicht freigeblich ist, so steht um so mehr zu erwarten, daß die Regierung mit ihrer kühl und allseitig erwogenen Stellungnahme das Richtige getroffen hat, und daß ihre Entscheidung, entsprechend der von dem Reichskanzler am Schlusse seiner Rede zum Ausdruck gebrachten Hoffnung, dem Lande zum Nutzen gereichen werde.

Tageschau.

Freiberg, den 5. Juni.

Eine Berliner Zuschrift der offiziellen „Polit. Korrespondenz“ knüpft an die zum Theil leidenschaftlichen Kundgebungen infolge der letzten Erklärung des **deutschen Reichskanzlers** von Caprivi über die Getreidezölle an und hebt hervor, daß, falls die Behauptungen einiger Blätter, die Regierung werde sich über kurz oder lang genöthigt sehen, die Getreidezölle trotz der Erklärungen des Reichskanzlers aufzuheben oder herabzumindern, Glauben fänden, dadurch neuerdings eine bebauerliche Unsicherheit geschaffen werden könnte. Die Zuschrift versichert daher auf das Allerbestimmteste, die deutsche Regierung sei fest entschlossen, auf dem durch die Rede des Reichskanzlers unzweideutig gekennzeichneten Standpunkte zu verharren. Weber von einer Herabsetzung noch auch von einer Aufhebung der Getreidezölle könne in absehbarer Zeit, soweit menschliches Ermessen reicht, die Rede sein.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Donnerstag das Sperrergelbgesetz nach den Beschlüssen der zweiten Lesung endgiltig angenommen.

Von Belang erscheint, wie die „Bank- und Handelszeitung“ der Behauptung freihändlerischer Blätter widerspricht, als hätte die Erklärung des Ministerpräsidenten ein Steigen der Preise veranlaßt. Das Blatt schreibt: „Derartige Kunststücke werden dadurch ermöglicht, daß man die zufälligen Preisschwankungen innerhalb der Börsezeit genau verfolgt und den höchsten Preis jedesmal mit dem niedrigsten Preis der Vorwoche in Vergleich stellt. Wenn also, wie z. B. gestern, vorübergehend durch größere Deckungen für eine in Zahlungsfähigkeit gerathene Firma in Gütstrom Zwangsbedeutungen gemacht wurden und dadurch zeitweilig ein besonders hoher Preisstand vorübergehend notirt wird, so ist an dieser Preissteigerung eben die Zollpolitik der Regierung Schuld, und der Vergleich dieses höchsten Getreidepreises mit dem aus vielleicht ebenso zufälligen Ursachen hervorgegangenen niedrigsten Preise vom Tage vorher giebt zahlenmäßiges Material zur Beweisführung. Um einmal notorisch festzustellen, wie die Preise für Roggen und Weizen sich seit 8 Tagen, also seit Mittwoch den 27. Mai, verändert haben, stellen wir folgende amtliche Anfangsnottirungen der beiden Tage zusammen. Weizen notirte für:

	laufende Sicht	Juni-Juli	Juli-Aug.	Sept.-Okt.
27. Mai	250,50	234,75	221	213,50
3. Juni	236,00	234,50	221	210,50

Der laufende Termin Mai ist also wesentlich höher, als er heute notirte, während die übrigen Termine ihren Preisstand behaupteten, mit Ausnahme von September-Oktober, der sich infolge der besseren Ernteaussichten ebenfalls etwas ermäßigte. Roggen:

	laufende Sicht	Juni-Juli	Juli-Aug.	Sept.-Okt.
27. Mai	212,50	201	193,25	188
3. Juni	207,50	202	195,00	190

Die laufende Sicht, also derjenige Termin, der annähernd den Preis für effektive Waare hat, ist noch niedriger, während die Terminpreise nur geringfügige Veränderungen aufzuweisen haben. Die ganze „enorme Steigerung der Getreidepreise“ entpuppt sich also nach amtlichen Zahlen als eine bewußte unwahre Behauptung. Von einer Knappheit von Getreide ist einstweilen absolut nicht die Rede und mahlen die Berliner Mühlen sowohl als diejenigen der Umgegend mit voller Kraft.

Wie der „Anz. f. d. Havell.“ meldet, geht die Militärverwaltung mit dem Plane um, eine Erweiterung der Geschützgießerei zu Spandau dadurch herbeizuführen, daß am rechten Ufer der Spree eine größere Geschützgießerei errichtet wird. Eine Geschützwerft besteht bereits neben der Geschützgießerei. Demselben Blatte zufolge ist den Arbeitern der Spandauer Gewehrfabrik die Mitteltheilung gemacht worden, daß Alle, die unter zehn Jahren in dem Institut beschäftigt seien, demnächst entlassen würden; es werden von dieser Maßregel nahezu tausend Mann betroffen. Die Fabrik soll nur mit einem Bestand von ca. 400 Mann weiterarbeiten; die tägliche Fabrikation wird auf 33 Gewehre beschränkt. Die Zurückbleibenden werden nur 6 Stunden täglich beschäftigt sein.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete von Vollmar hat sich am Montag in München in einer sozialdemokratischen Versammlung über die Stellung der Sozialdemokratie zur auswärtigen Politik des Reichs in bemerkenswerther Weise ausgesprochen. Wir zitieren nach einem Berichte der „Münchener Neuesten Nachrichten“: „Herr v. Vollmar lobte den Dreibund, weil er zur Erhaltung des Friedens beitrage. Der Gedanke der internationalen Brüderlichkeit habe nicht die nationalen Aufgaben auf. Die berühmten „Verzerrten Staaten von Europa“ seien zwar ein ganz nettes Zukunftsbild, das aber kein einziger von den Anwesenden erleben werde. Gegenüber einzelnen Pressstimmen sei eine Kritik der öffentlichen Angelegenheiten Frankreichs seitens der Partei notwendig geworden. Wenn sei nicht das ekelhafte Treiben des offiziellen Frankreich gegenüber Rußland aufgefallen? Ein derartiges Gebahren, das viel zu den Rüstungen in Deutschland beitrage, sei unflug, denn wenn Rußland unterliege, müsse Frankreich die Prigel einstecken und die Kosten dafür zahlen. Auch täusche man sich in Frankreich bezüglich der deutschen sozialistischen Partei. Sobald das Vaterland ange-

griffen werde, gebe es nur mehr eine Partei und die Sozialdemokraten würden nicht die letzten sein, namentlich wenn es einem Feinde gelte, der gegen alle Kultur ist, nämlich Rußland.“ (Weisfall.) Uebrigens betonte Herr v. Vollmar, gegenwärtig sei die Möglichkeit vorhanden, daß die Sozialdemokratie auf Grund der legalen Verhältnisse Einfluß gewinne. Die Partei müsse allerdings vollkommen gerüstet bleiben, um den Interessen der Arbeiter zu entsprechen. Aber sie müsse ehrlieh das halten, was sie vor Aufhebung des Sozialistengesetzes versprochen habe, nämlich, wenn dies geschehe, auf Grundlage des gemeinen Rechtes mit den gegnerischen Parteien und der Regierung zu unterhandeln.

Aus Hannover wird gemeldet: Sozialdemokratische Vergebungsversuche haben hier auch einmal von Arbeitern eine Zurückweisung gefunden. Die Arbeiter der hiesigen Gasanstalt erklärten öffentlich, daß ein Artikelschreiber für das sozialdemokratische Blatt „Der Volkswille“ durch seine fortgesetzten Bemühungen, Unfrieden zwischen der Direktion und den Arbeitern der Gasanstalt zu säen, bei allen rechtlich denkenden Arbeitern nur Abscheu erzeuge. Was seit einiger Zeit von dem genannten Blatte vorgeführt worden sei, um unter den Arbeitern den Glauben zu erwecken, die Direktion verfare inhuman gegen die Arbeiter, müsse als Erfindung bezeichnet werden.

Die studentischen Korporationen zu Bonn lehnten den von dem studentischen Ausschuss in Leipzig an die deutsche Studentenschaft gestellten Antrag, der vom Prinzen Heinrich von Rußland unterschrieben ist, Beiträge für einen silbernen Ehrenhumpen für Fürst Bismarck ihnen zu übermitteln, ab. Nur die Vertreter des S.-C. waren dafür. Aus dieser letzten Bemerkung darf man schließen, daß vielleicht irgend welche Triquettsfreigkeiten den Anlaß zu diesem Beschluß abgaben, der den Bonner Studenten wahrlich nicht zur Ehre gereicht.

In diesen Tagen hat der Personenverkehr nach Rußland durch Verschärfung der Passmaßregeln eine neuerliche Erschwerung erfahren. Die Fälle, schreibt die „Post“, welche uns berichtet wurden, klangen so ungewöhnlich, daß wir Anstand nahmen, sie zu erwähnen, ehe uns von zuständiger Seite die Richtigkeit bestätigt würde. Wir haben nunmehr Erkundigungen einziehen lassen und erfahren, daß auf dem Berliner russischen Generalkonsulate der Befehl eingetroffen sei, Pässe für Personen mosaischen Glaubens überhaupt nicht zu bitten, daß in Folge dessen das Konsulat in Fällen, welche „zweifelhaft“ erscheinen — und „zweifelhaft“ sind alle Fälle, in denen die Namen auch nur entfernt einen „jüdischen Anklang“ haben — die Verbringung eines Taufzeugnisses verlange, ehe das Visum erteilt werde, daß es aber selbst für die Besitzer visirter Pässe „rathsam“ sei, auf einer Reise nach Rußland das Taufzeugnis mitzunehmen. Es kommt nämlich vor, daß auch Personen mit einem regelrechten deutschen oder russischen Paß, der ihren christlichen Glauben bestätigt, trotz des Visums an der Grenze abgewiesen werden. In diesen Tagen sind Reisenden aus der neuen Verordnung bereits peinliche Schwierigkeiten erwachsen. Die immer schroffere Abschließung Rußlands von den europäischen Kulturstaaten ist schwerlich geeignet, das Ansehen des Reiches zu heben. Wenn die heutige russische Politik andauert, so wird man bald einen Ulaß erwarten dürfen, nach welchem nur Personen, die sich im Besitze eines Zeugnisses über ihre Zugehörigkeit zur griechisch-orthodoxen Kirche befinden, in Rußland eingelassen werden.

Eine in Speyer abgehaltene, zahlreich besuchte Versammlung von Tabakinteressenten (aus Baden, der bayerischen Pfalz, Hessen und Elsaß) nahm eine Resolution an, in welcher, entgegen dem letzten Reichstagsbeschlusse, eine bedeutende Erhöhung des Tabakzoll und Beibehaltung der jetzigen Tabaksteuer verlangt wird. Der Versammlung wohnten Vertreter der bayerischen und der Regierung der Reichslande, sowie die Reichstags-Abgeordneten Wuhl, Brunnings, Clemm und Menzer bei.

Der Tessiner Cassioni in London, der unter der Anklage steht, anlässlich des Tessiner Aufstandes den **Schweizerischen** Staatsrath Rossi erschossen zu haben, und dessen Auslieferung Großbritannien ablehnte, hat dem Bundesgericht geschrieben, er werde sich unter Umständen dem am 29. Juni in Zürich zusammentretenden Schwurgericht freiwillig stellen. Von den Geschworenen sind, Dank den von den Verteidigern vorgenommenen Streichungen, elf radikal, einer konservativ.

Nach einer mit Einzelheiten belegten Mittheilung in der „Gazette de Lorraine“ ist nicht zu zweifeln, daß **Frankreich** in Nancy ein förmliches „Schwarzes Kabinett“ für den Briefverkehr über die deutsche Grenze eingerichtet hat. Diese Mittheilung stimmt zu anderen Aufschlüssen, die man im mündlichen Verkehr mit Leuten hört, die in der französischen „Provinz“ gelebt haben. Die dritte Republik pflegt offenbar in liebevoller Pietät die Ueberlieferungen und Gepflogenheiten des napoleonischen Polizeiregimes weiter, wenn auch die Republikaner in Tagespresse und Memoirenliteratur die Willkür und den „Cynismus“ desselben nicht genug zu brandmarken wissen. Theorie und Praxis weichen eben im französischen Staatswesen viel mehr von einander ab, als dies in irgend einem andern zivilisirten Staate der Fall sein dürfte. — Gegen 2000 Eisenbahndienstere, welche 17 000 Mitglieder ihrer Berufsgenossenschaft vertreten, versammelten sich am 3. d. M. in Paris und beschloßen den Ausstand, wenn ihre Forderungen, namentlich nach Verminderung der Arbeitszeit, nicht bewilligt werden. Die Drohung macht einstweilen wenig Eindruck, weil die Zahl der Eisenbahnleute im Ganzen 350 000 beträgt und von diesen kaum 1/20 der Berufsgenossenschaft angehört.

In maßgebenden Kreisen Berlins, schreibt die „Post“, betrachtet man die Entwicklung der Dinge in **Portugal** mit gespannter Aufmerksamkeit und nicht ohne Befürchtung. Konnte man bisher das monarchische Portugal als ein von der französischen Politik protegirtes, von französischem Kapital in jeder Weise unterstütztes Land betrachten, so kann es dem aufmerksamen Blicke nicht entgehen, wie diese politischen und finanziellen Stützen nun zurückgezogen werden. Eine ähnliche Erscheinung werden wir vielleicht bald in Spanien erleben. Als Erklärung hierfür liegt die Annahme nicht so fern, daß Frankreich die lateinischen Rassen, unter denen es auch Italien im Auge behält, in eine republikanische Form bringen möchte. Es wäre dies eine Koalition gegen die monarchischen Regierungen Europas und eine natürliche Selbsthilfe in seiner Isolirung, da die französische Regierung sich keinem Zweifel mehr hingeben kann, daß in dem Werben, um die thatsächliche Freundschaft Rußlands ihrer Liebe Mühe umsonst ist. Diese Ueberzeugung mußte sich ihr bei einem nach St. Petersburg gerichteten Allianzvertrag durch ein sehr deutliches Abwinken der russischen Regierung aufdrängen.

Aus England: Am Clyde droht ein neuer Ausstand unter den Maschinen- und anderen in der Eisenindustrie beschäftigten Arbeitern, ebenso wie unter den beim Schiffsbau in Glasgow und Greenock angeestellten Arbeitern. Dieselben widersetzten sich der beabsichtigten Lohnverminderung von 7 1/2 Prozent. Wenn die Arbeitgeber auf ihrem Vorhaben bestehen sollten, würden 20 000 Arbeiter sofort in den Ausstand eintreten. — Die Kutscher und Kondukteure der Omnibus-Gesellschaften in London werden Sonnabend Mitternacht den Ausstand beginnen, wenn nicht vorher ein Uebereinkommen getroffen ist.

Aus den **russischen Ostprovinzen** wird der „Kreuztg.“ geschrieben: Wir sind im Augenblick in einiger Spannung wegen des Ausgangs einer Angelegenheit. Vor einigen Wochen wurde ein Freuden-Manifest des Zaren über den Ueberritt der Großfürstin Elisabeth publizirt. Wenngleich es in einer die Gefühle der lutherischen Unterthanen äußerst verletzenden Weise abgefaßt war, so konnte man ja Niemand wehren, über diese traurige Konversion sich zu freuen. Vor einiger Zeit verlautete, daß die lutherischen Pastoren würden gezwungen werden, diesen Freudenerguß vor ihren Gemeinden zu verlesen. Trotz aller Erfahrungen von brutaler Gewalt wollte es doch Niemand recht glauben. Da kam zuerst der Befehl an sämtliche lutherische Beamte oder irgend wie offizielle Persönlichkeiten (unser Stadthaupt, den Landesbevollmächtigten u. s. w.), der Freudenfeier in der griechischen Kirche beizuwohnen. Als sie es unterließen, wurden sie im „Nigara Boten“, einer russischen Zeitschrift, verächtigt. Jetzt ist der Befehl wirklich an die Konfessoren gelangt, die Veröffentlichung des Manifestes in den Kirchen den Pastoren vorzuschreiben. Unser Generalsuperintendent ist entschlossen, den Befehl nicht auszuführen. Unentschieden ist die Auflösung der Konfessoren das Wahrscheinliche. Wird er von den weltlichen Gliedern überstimmt, kommt der Befehl an die Pastoren, so werden die Meisten ihn nicht erfüllen. Neulich wurde uns schon nach dem Tode der Großfürstin Olga befohlen, die Gemeinden zu ermahnen, für ihre Seele zu beten. Der Druck und die Vergewaltigung der Gewissen wachsen beständig. — In diesen Tagen ist der Lehrer Krüger im Seminar zu Irmlion, ein Mann mit zahlreicher Familie, ausgewiesen worden.

Ueber die Ursachen des Bauernaufstandes in den russischen Gouvernements Simbirsk und Samara wird aus Petersburg gemeldet, daß die Behörden, ungeachtet des größten Nothstandes unter den Bauern, in Folge dessen Hunderte Hungers starben, die Steuern in unbarmherziger Weise entrieben; selbst die unentbehrlichsten Aertiere wurden gepfändet. Die Bauern, welche nicht Zahlung leisten konnten, wurden gepeitscht. Die Bauern empörten sich gegen die Vertreter der Behörden, verwundeten drei, darunter einen tödtlich, und plünderten die Getreidespeicher. Der Gouverneur von Simbirsk entsandte eine starke Truppenmacht nach dem Schauplatz der Unruhestörungen, aber die Bauern leisteten Widerstand mit Senfen, Mistgabeln und Steinwürfen. In dem Kampfe, welcher sich entspann, verloren einige Bauern ihr Leben, mehrere wurden verwundet, sehr viele verhaftet. Nach bei dem Minister des Innern eingegangenen Drahtmeldungen ist der Ausstand jetzt unterdrückt. Man befürchtet jedoch den Ausbruch noch ersterer Bauernaufstände im Gouvernment Kasan, wo die Noth unter der landwirthschaftlichen Bevölkerung ebenfalls sehr groß ist. Bauern durchstreifen dort das Land, um Arbeit zu suchen. Wenn sie keine finden können, plündern sie die Häuser und brennen sie auch zuweilen nieder.

Aus der **Türkei:** Die Unterhandlungen wegen Freilassung der von den Briganten in Tcherkeskoi gefangen genommenen Reisenden des Orientzuges haben bis zum Mittag des 4. d. M. zu keinem Ergebnis geführt und dauern noch fort. Das von den Briganten geforderte Lösegeld ist auf Verlangen derselben bei dem österreichischen Konsularagenten in Kirklisseh hinterlegt worden. Wegen der starken Garnison in Kirklisseh sind die Briganten sehr mißtrauisch; auf Befehl der Pforte sind daher im Einvernehmen mit dem deutschen Botschafter von Radowitsch für den Augenblick alle Truppenbewegungen in der Gegend von Kirklisseh eingestellt worden. Der Kaufmann Zraael befindet sich in Kirklisseh in voller Sicherheit.

Das in der letzten Zeit wegen eines Waffen schmuggels vielgenannte **chilenische** Insurgentenschiff „Atata“ ist aus Tacopilla in Iquique eingetroffen und den amerikanischen Kriegsschiffen übergeben worden. Der amerikanische Kreuzer „Charleston“, welcher die „Atata“ verfolgt hatte, wird gleichfalls erwartet.

Kolonialpolitisches.

Die nach dem Mißerfolg des letzten Zintgraff'schen Forschungszuges in das Hinterland des **Kamerungebietes** vor Kurzem dorthin entsandte neue deutsche Expedition, welche vom Gouverneur von Kamerun persönlich geleitet war, hat anscheinend ein noch unglücklicheres Ende gefunden, als das Unternehmen des deutschen Forschungszuges. Nach einem mit Postdampfer via Liverpool eingegangenen (englischen!) Bericht aus Kamerun, datirt vom 18. April, war der Gouverneur von Kamerun mit den Ueberbleibseln seines Expeditionskorps, welches vor einiger Zeit ins Innere abgegangen war, um verschiedene auführerische Eingeborenen-Stämme zu züchtigen, nach einer sehr unglücklichen Reise dahin zurückgekehrt. Von der 250 Mann starken Expedition, größtentheils Deutsche, sind nur etwa 100 Mann, zum Theil Neger, zurückgekehrt. Die Uebrigen wurden entweder in Kämpfen mit Eingeborenen getödtet oder vom Fieber hinweggerafft. Der Gouverneur selber wurde verwundet und litt ebenfalls stark am Fieber. Ein deutsches Kriegsschiff ging nach dem Süden ab, um neue Truppen zu holen, da die Entsendung einer neuen Expedition beabsichtigt ist.

Derliches und Sächsisches.

Freiberg, den 5. Juni.

Hauptverhandlungen des Königl. Schwurgerichts zu Freiberg im zweiten Kalenderdritteljahre 1891. 1., Mittwoch, den 10. Juni, Vormittag 10 Uhr gegen den Gendarbeiter Ernst August Scholze in Wegefahrt wegen Verdrohung und vorfälliger Brandstiftung. 2., Nachmittags 4 Uhr gegen den Dienstknecht Hugo Emil Baldauf aus Sorgau wegen vorfälliger Brandstiftung. 3., Donnerstag, den 11. Juni, Vormittag 1/10 Uhr gegen die Wirthschaftsgehilfin Emilie Bertha Lohse aus Hausdorf wegen Kindesdtödtung. 4., Freitag, den 12. Juni, Vormittag 1/10 Uhr gegen den vormaligen Müllerlehrling Fritz Simon-Ademann in Dippoldiswalde wegen vorfälliger Brandstiftung. 5., Sonnabend, den 13. Juni,

M 12
Vormittag
Julius Zieg
Betruß. 6
gegen den
Eppendorf
16. Juni,
Monica Ra
— Behu
10. Juni d.
sind heute v
der am 26.
Befreiungsg
Otto-Raund
führten Herr
Konstantin
berg, Heimr
stand in Mi
Güttenraiter
— Nach
den 6. Juni
Sitzung des
hauptmanns
führungs-G
Bewirthschaf
28) Gesuch
zum Fortbet
29) Abnem
Güttenarbeit
sude des R
Genehmigung
des Restaur
Erlaubniß
an sein Wol
zuschlagunge
Fallenberg
dorf betref
Grund- und
Nittergute
sich befinden,
35) Gesuch
tragung der
in dem G
36) Dispen
Kirchberg,
Bierdruckp
in Oberloch
von Tanzm
sich befinden.
Beyer in W
Ausübung
39) Gesuch
zur Ausübun
ruhenden v
Nothe in G
Gasthofsges
von Oberse
Dittersbach,
42) Gesuch
Kirchberg
trennung v
— Nach
in sächsische
nächsten Die
fürsichenden
im Premier
Offizier Di
der japanise
Freiberg zu
worden. T
um den S
— Das
wähnt wur
neuen Schi
theile diese
ist, wird d
10 Uhr u
Abends 10
— Sch
in Niederb
zum Besu
Bartbel v
Müdisdorf
Generaldire
währt, daß
Jahrlarte
hatte sich
Ausflug n
hiesigen G
— So
an Sonn-
abgefertigt
ab Müdigke
von Beeje
Dresden 7.
August d.
— Wi
beiter der
die Gener
ihrer Lage
Einschrien
an Linien
selbst thät
und die A
Einsführun
Arbeiter a
einen Auf
einen Son
lobnes vor
Beachtung
lichen Ver
zu erfolge
gefehrte
daß die ge
Dienstwege
und zu j
Verlauf v
litärsjahre.